



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

Zitate zum Ausstieg

„Deshalb werden wir (...) bei einem Regierungswechsel 2002 diese Vereinbarung rückgängig machen und der Kernenergie in Deutschland wieder eine Perspektive geben.“

**Angela Merkel am 29. Juni 2000
anlässlich des rot-grünen Ausstiegsbeschlusses.**

„Der Ausstieg aus der Kernenergie ist umweltpolitisch und auch technologisch verheerend.“

CDU-Wahlprogramm 2005

„Es ist auch ein ganz wichtiger Punkt, dass nicht zu jeder Bundestagswahl wieder eine größere Auseinandersetzung um die Frage entbrennt, wie die Energieversorgung der nächsten vier Jahre aussieht.“

Angela Merkel am 30. Mai 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

dieser Brief aus Berlin widmet sich aus aktuellem Anlass nur einem Thema: Dem Atomausstieg. Morgen stimmt der Bundestag abschließend darüber ab. Die SPD-Fraktion hat lange und intensiv darüber diskutiert und beraten, wie wir uns bei den Abstimmungen verhalten. Denn neben dem eigentlichen „Ausstiegsgesetz“ stehen weitere Gesetze auf der Tagesordnung, z.B. eine Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), Änderungen bei der Gebäudesanierung und beim Ausbau der Stromnetze. Fest steht: Wir wollen den Ausstieg aus der Atomkraft und werden deswegen dem Ausstiegsgesetz zustimmen. Einige der weiteren Gesetze können wir aber nicht mittragen, denn der Teufel steckt im Detail - mehr dazu auf den folgenden beiden Seiten.

Bei einem Thema, was derzeit durch die Presse geistert, fühlt man sich an den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ erinnert. Die Regierung plant - mal wieder, angeblich - Steuersenkungen. Ich meine, das dient vor allem zur Beruhigung der FDP, denn für echte Entlastungen - das hat der Finanzminister gleich klar gestellt - gibt es keinen Spielraum. Es ist doch bezeichnend, wenn die Kanzlerin das Ziel des Spitzentreffens der Koalition zu den Steuerplänen kommentiert mit „Wann kommt was, und wie kommt dabei jeder auf seine Kosten.“ - eine verantwortungsvolle Regierung müsste fragen: „Wie kommt der Bürger auf seine Kosten?“!!

Auch den Vorschlag des „Professors aus Heidelberg“ zur Neufassung des Steuersystems kann die SPD nur ablehnen. Statt Steuererhöhungen für Wohlhabende, die die SPD fordert, sieht Kirchhoff eine Senkung des Steuersatzes auf 25% vor. Das ist nicht das, was wir unter Gerechtigkeit verstehen.

Herzliche Grüße aus Berlin von

Ewer / über Brigitte Zypries



Zitate zum Ausstieg

„Wir brauchen die Kernkraft als Brückentechnologie und diese Brücke muss lang genug sein.“

Rainer Brüderle am 12. Februar 2010

„Herr Dr. Keitel machte darauf aufmerksam, dass derzeit eine Meldung über die Ticker laufe, wonach die Bundesregierung (...) ein Moratorium der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke bekannt geben wolle. Der Minister bestätigte dies und wies erläuternd darauf hin, dass angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen Druck auf der Politik laste und die Entscheidungen daher nicht immer rational seien.“

Auszug aus dem Protokoll der Präsidiumssitzung des Bundesverbands der Deutschen Industrie vom 14. März 2011

„Uns Wahlkampfmanöver vorzuwerfen, ist absurd.“

Rainer Brüderle am 24. März 2011 im Deutschen Bundestag

Deutschland kann die Energiewende schaffen – Den Industriestandort nicht gefährden!

Konsens herstellen

Es ist gut, dass endlich nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen auch CDU und FDP einsehen, dass Deutschland aus der Hochrisikotechnologie Kernkraft aussteigen sollte. Denn die Energiewende ist kein Pappenstiel. Dieses ehrgeizige und schwierige Projekt braucht verlässliche Vorgaben. Nur dann werden die notwendigen Investitionen auch erfolgen. Förderprogramme müssen immer wieder angepasst, können aber nicht alle Jahre grundlegend umgestellt werden. Wenn der Umstieg gelingen soll, ist ein parteiübergreifender Konsens notwendig. Die SPD wird deshalb dem neuen Atomgesetz zustimmen. Die sieben ältesten Atomkraftwerke – darunter Biblis - werden danach für immer stillgelegt. Die verbleibenden Atomkraftwerke werden schrittweise bis 2022 abgeschaltet.

Unumkehrbarkeit sichern

Die Union ist in der Regierung konzeptionslos und unberechenbar geworden. Aus Augenblickslaunen heraus wirft sie ihre Grundsatzpositionen über Bord (Wehrpflicht, Atomkraft, Hauptschulen, Steuer-senkung). Deshalb wäre es sinnvoll, die Unumkehrbarkeit des Atomausstiegs durch eine Grundgesetzänderung abzusichern. Leider haben Union und FDP bereits erklärt, dass sie das ablehnen.

Entschädigung abwehren

Gar nicht gut ist, dass die Kanzlerin erst vor einem halben Jahr den bereits von Rot-Grün vertraglich mit den Kraftwerksbetreibern geregelten Atomausstieg aufgekündigt und die Laufzeiten verlängert hat. Denn jetzt bereiten die Atomkonzerne Entschädigungsklagen vor. Sie sagen, sie hätten sich auf die von Angela Merkel verlängerten Laufzeiten verlassen. Sie sagen, sie hätten sogar noch in die jetzt stillgelegten Atomkraftwerke investiert. Das sei nun alles sinnlos. Dafür fordern sie Entschädigung. Ganz abwegig ist das nicht. Die Gesetzesbegründung enthält zu diesen Fragen bisher kein Wort. Der rot-grüne Atomausstieg beruhte auf einem Vertrag mit den Atomkonzernen. Er war rechtssicher, verfassungsfest, entschädigungsfrei und wurde nicht beklagt. Die jetzige Bundesregierung muss unbedingt sicherstellen, dass auch ihr Atomausstieg entschädigungsfrei und verfassungsgemäß ist.

Industriestandort sichern

Wir wollen, dass die Strompreise für Industrie und Mittelstand wettbewerbsfähig bleiben. Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier haben gemeinsam erklärt, dass dies eine der wichtigsten Anforde-



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel/Sven Bentrup](#) (S. 2)
[aboutpixel/Gerd Gropp](#) (S. 3)

rungen an die Energiewende ist. Denn die deutsche Volkswirtschaft ist energie- und rohstoffabhängig. Der Arbeitskostenanteil in der deutschen Industrie und im verarbeitenden Gewerbe beträgt im Schnitt nur noch 20 %, der Kostenanteil für Energie, Rohstoff und Material liegt aber bei über 40 %.

Windenergie, Erdwärme und andere erneuerbare Energien und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung werden schon bisher besonders gefördert - und zwar letztlich über den Strompreis. Durch den Umstieg brauchen wir noch mehr Förderung, außerdem eine Unterstützung des schnellen Ausbaus von Gaskraftwerken, Investitionen in bessere Stromleitungsnetze und in mehr Speichertechnik. Um den Industriestandort Deutschland zu sichern, brauchen wir Investitionsprogramme für die Energieeinsparung bei der Industrie und dem produzierenden Gewerbe. Außerdem benötigen wir erforderlichenfalls auch zusätzliche Befreiungen von der EEG- und der KWK-Umlage und von der Stromsteuer für Industrie und produzierendes Gewerbe. Im vorgelegten Erneuerbare-Energien-Gesetz sind diese wichtigen Punkte nur unzureichend berücksichtigt.

Netzausbau beschleunigen

Klar ist, dass die vorhandenen Stromnetze rasch ausgebaut werden müssen. Das jetzt vorgelegte Netzausbaubeschleunigungsgesetz lässt trotz des schönen Namens leider befürchten, dass es keine Beschleunigung im Netzausbau geben wird. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, dass die Planfeststellungsverfahren für Stromtrassen künftig in einer Hand liegen - doch das ist nicht sichergestellt.

Endlager einrichten

Wir brauchen ein Endlager für den hochradioaktiven Müll der Atomkraftwerke. Dafür muss endlich eine ergebnisoffene vergleichende Standortsuche stattfinden. Die Bundesregierung muss hierfür noch Kriterien und ein geordnetes Verfahren festlegen und die Standortsuche einleiten. Die vorgelegten Entwürfe enthalten dazu noch keine Regelungen.

Mieter schützen

Schließlich ist klar, dass wir energetische Sanierungen im Gebäudebestand brauchen. Hier soll es neue Sonderabschreibungen geben. Die SPD fordert, dass die steuerlichen Vorteile bei der Umlegung der Kosten auf die Mieter abgezogen werden müssen. Außerdem soll der Vermieter künftig nur noch 9 % statt bisher 11 % der für die Wohnung aufgewendeten Modernisierungskosten auf die jährliche Miete aufschlagen können. Die Bundesregierung möchte leider an den Belastungen für die Mieter nichts ändern.